

Steigende CO₂-Kosten: Wie der Emissionshandel KMU betrifft

Mit dem Emissionshandel für Brenn- und Kraftstoffe zahlen Unternehmen schon heute spürbare Aufschläge auf Benzin, Diesel und Erdgas. Weil die Zahl der ausgegebenen Emissionsrechte stetig sinkt, werden die CO₂-Preise tendenziell noch deutlich steigen. Was das für Betriebe bedeutet, welche Kosten auf sie zukommen und wie staatliche Förderprogramme helfen, dem entgegenzuwirken – ein Überblick.

Lange Zeit galt die Erdatmosphäre als das, was Ökonomen ein „freies Gut“ nennen: kein Eigentümer, gratis zu nutzen, unbegrenzt verfügbar. Unternehmen und Bürger:innen konnten nach Lust und Laune CO₂ in die Atmosphäre emittieren, ohne Regeln und ohne Kosten.

Das hat sich geändert. Denn seit Einführung des nationalen Brennstoffemissionshandelssystems (nEHS) haben die CO₂-Emissionen, die im Straßenverkehr und beim Heizen entstehen, in Deutschland einen Preis: Wer fossile Kraft- und Brennstoffe verkauft, muss seit 2021 für jede ausgestoßene Tonne CO₂ ein Zertifikat erwerben. Die Kosten werden auf die Kunden umgelegt. Benzin und Diesel werden damit spürbar teurer, ebenso Erdgas und Heizöl. Das betrifft kleine und mittelständische Unternehmen direkt, sei es beim Heizen, beim Gütertransport oder bei Dienstfahrten.

Ein ähnliches Prinzip belegt EU-weit den CO₂-Ausstoß von fossilen Kraftwerken und energieintensiven Industrieanlagen mit einem Preis. Das europäische Emissionshandelssystem (EU Emissions Trading System, kurz EU ETS 1) verpflichtet die Betreiber, für jede emittierte Tonne Kohlendioxid ein Zertifikat vorzuweisen. Die entstehenden Kosten schlagen sie auf den erzeugten Strom und, soweit möglich, auf die produzierten Güter auf. Somit betrifft das EU ETS 1 indirekt auch KMU, die selbst nicht daran teilnehmen müssen.

CO₂-Zertifikate werden tendenziell immer teurer

Zentrales Prinzip im Emissionshandel ist, dass die Zahl der jährlich ausgegebenen Zertifikate begrenzt ist und konti-

nuierlich sinkt. Das abnehmende Angebot trägt maßgeblich dazu bei, dass die Emissionsrechte tendenziell immer teurer werden.

„Unternehmen, auch KMU, sollten sich darauf einstellen, dass sie künftig weit höhere CO₂-Preise bezahlen müssen“, sagt Dr. Stefan Tobias, Leiter des Referats Klimaschutz und Energiewende in Industrie und Gewerbe des Energiewende-Ministeriums Schleswig-Holstein. Die Betriebe seien gut beraten, sich frühzeitig klar zu machen, was da auf sie zukommt – und sollten daraus die richtigen Schlüsse ziehen. „Wer nicht heute in Klimaschutz- und Energieeffizienz-Maßnahmen investiert, läuft sehenden Auge in eine Kostenfalle“, warnt der Experte.

Bei gewissen Investitionen unterstützt sie der Bund: Ein Teil der Einnahmen aus nEHS und EU ETS 1 fließen in nationale Programme zur Förderung von Maßnahmen, mit denen Betriebe ihre Emissionen und damit auch ihre CO₂-Kosten nachhaltig reduzieren können. Kleinen Unternehmen gewährt der Bund dabei besonders gute Konditionen.

CO₂-Preis verursacht schon heute hohe Kosten

Während sich die Preise im europäischen Emissionshandel für Kraftwerke und Industrieanlagen weitgehend frei am Markt bilden, hat der Bund im nEHS Grenzen gezogen. So gilt für 2026 und 2027, dass der Zertifikatspreis 55 Euro nicht unter- und 65 Euro nicht überschreiten darf. Bei einem Preis von 60 Euro entspricht das bei Benzin einem Aufschlag von etwa 17 Cent brutto pro Liter, bei Diesel sind es circa 19 Cent. Bei Erdgas belaufen sich die Kosten auf rund 1,4 Cent pro Kilowattstunde, bei Heizöl auf 19 Cent pro Liter.

Die CO₂-Bepreisung der Kraft- und Brennstoffe verursacht Unternehmen bereits heute erhebliche Kosten, wie Musterrechnungen zeigen. Bei einem LKW mit einem Verbrauch von 20 Litern Diesel pro 100 Kilometer zum Beispiel belaufen sich die Zertifikatskosten bei einer jährlichen Fahrleistung von 30.000 Kilometern in diesem Jahr

auf etwa 1.000 bis 1.300 Euro. Bei einem Benziner-PKW mit acht Litern Verbrauch, der jährlich 20.000 Kilometer zurücklegt, sind es rund 240 bis 300 Euro. Ähnlich sieht es bei der Heizenergie aus: Bei einem durchschnittlich gedämmten, 300 Quadratmeter großen, mit Erdgas beheizten Bürogebäude zum Beispiel fallen im laufenden Jahr CO₂-Kosten in Höhe von 500 bis 800 Euro an.

Allerdings können Unternehmen, denen durch die CO₂-Bepreisung ein Nachteil im internationalen Wettbewerb mit Unternehmen außerhalb der EU droht, die sogenannte nEHS-Beihilfe beantragen. Sie kompensiert das Gros der CO₂-Kosten. Die Betriebe müssen jedoch einen Teil der erhaltenen Beihilfe in Klimaschutz-Maßnahmen investieren. Zudem sind sie verpflichtet, ein zertifiziertes Energie- oder Umweltmanagementsystem zu implementieren. Mehr über solche Managementsysteme [lesen Sie in diesem White Paper](#).

Ab 2028 bildet sich der Preis am Markt

Anfang 2028 wird der nationale Brennstoffemissionshandel durch ein neues, europaweites Handelssystem ersetzt. Dieses EU ETS 2 genannte System soll nach ähnlichen Regeln wie das deutsche nEHS funktionieren. Allerdings mit einem wichtigen Unterschied: Der Zertifikatspreis bildet sich wie beim EU ETS 1 frei am Markt. Zwar planen EU-Kommission und -Parlament einen Mechanismus, der in der Anfangsphase allzu starke Preissteigerungen dämpfen soll. Mittelfristig dürften die CO₂-Kosten wegen der zunehmenden Verknappung der Zertifikate aber deutlich höher liegen als heute.

Was bedeutet das für die Unternehmen konkret? Bei einem Zertifikatspreis von 150 Euro steigen die jährlichen Kosten für den Diesel-LKW aus dem Beispiel oben auf rund 3.000 Euro. Beim Benziner-PKW beträgt der Aufschlag knapp 700 Euro im Jahr, bei der Gasheizung für das Bürogebäude sind es etwa 1.200 bis 2.000 Euro. Kosten, die sich KMU sparen können, wenn sie auf Elektrofahrzeuge und Erneuerbare-Energien-Heizungen umsteigen!

Auch im EU ETS 1 werden die CO₂-Preise mit der Verknappung der Zertifikate tendenziell steigen. Da allein die Betreiber von Gas- und Kohlekraftwerken und energieintensiven Industrieanlagen zur Teilnahme verpflichtet sind, betrifft der EU ETS 1 nur sehr wenige Mittelständler aus Schleswig-Holstein direkt. Jedoch verteuern die CO₂-Kosten den fossilen Anteil im Strommix. Höhere Zertifikatsprei-

se lassen damit die Stromrechnung nahezu aller Verbraucher steigen.

Ein guter Grund, eine Gas- oder Ölheizung einer Wärmepumpe vorzuziehen? Nein, denn fossile Heizkessel verursachen bezogen auf die erzeugte Wärmemenge heute ungefähr doppelt so hohe CO₂-Kosten wie Wärmepumpen. Ähnlich verhält es sich bei Fahrzeugen: Diesel- und Benzinmotoren schneiden hier im Vergleich zu Elektroantrieben deutlich schlechter ab. Steigende Zertifikatspreise werden diesen Unterschied weiter vergrößern.

Einnahmen aus Emissionshandel speisen Industrie-Förderprogramme

Deutschland hat mit dem nationalen Brennstoffemissionshandel 2025 rund 16 Milliarden Euro eingenommen. Im Jahr zuvor waren es 13 Milliarden Euro. Im EU ETS 1 belief sich der deutsche Anteil an den Erlösen auf 5,4 Milliarden Euro, ähnlich viel wie 2024. Die Erlöse fließen vollständig in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) des Bundes.

Aus diesem Topf finanziert die Bundesregierung unter anderem Förderprogramme, die Unternehmen bei Investitionen in klimaschonende Technologien und Prozesse unterstützen. Das für KMU wichtigste Angebot ist die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (EEW). Mit diesem Programm stellt der Bund ihnen Mittel zum Beispiel für die Anschaffung hocheffizienter Querschnittstechnologien wie [Druckluftsysteme](#) oder Pumpen, für die Erzeugung von [Prozesswärme mit erneuerbaren Energien](#), für Mess-, Steuer- und Regeltechnik oder die energetische Optimierung von Anlagen und Prozessen bereit. Ein Modul des EEW richtet sich exklusiv an kleine Betriebe wie beispielsweise Bäckereien, Druckereien oder Metallverarbeiter, die in ihrer Produktion fossile Energien durch erneuerbare oder durch Strom ersetzen wollen.

Wer die CO₂-Emissionen seiner Heizwärmeversorgung reduzieren will, bekommt durch die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) Unterstützung, die ebenfalls aus dem KTF finanziert wird. Über dieses Programm fördert der Staat unter anderem den Einbau von Erneuerbare-Energien-Heizungen, Dämmmaßnahmen, die Erneuerung der Fenster und auch die Fachplanung und Baubegleitung. Das Angebot steht ausdrücklich auch Unternehmen offen.

Mittelständische Industrieunternehmen sollten zudem das Programm Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK) im Auge behalten. Der Bund fördert damit in erster Linie Maßnahmen, die den CO₂-Ausstoß in der Fertigung reduzieren. Zwar sind derzeit keine Anträge möglich. Die nächste Förderrunde startet aber voraussichtlich Anfang 2027.

Steigende CO₂-Kosten, dazu die Preis- und Versorgungsrisiken auf den fossilen Energiemärkten: Wer in Energieeffizienz, die Elektrifizierung oder erneuerbare Energien investiert, macht sein Unternehmen zukunftssicher. Wer dagegen zögert, riskiert langfristig erhebliche finanzielle Belastungen. Die staatlichen Förderung minimieren dabei das Investitionsrisiko. Das macht Klimaschutz wirtschaftlich noch attraktiver!

Transfer-Hub Klimaneutrales Wirtschaften

Micha Heinrichs
Projektmanager Klimaneutrales Wirtschaften
E-Mail: heinrichs@wtsh.de
T: +49 431 66 66 6-5 62

Timo Saager
Projektmanager Klimaneutrales Wirtschaften
E-Mail: saager@wtsh.de
T: +49 431 66 66 6-5 61

**Wirtschaftsförderung und Technologietransfer
Schleswig-Holstein GmbH**
Lorentzendamms 24
24103 Kiel